

Abhängigkeit vom Öl kann Armut verschärfen

Forscher untersuchen Entwicklungschancen von Ländern, die bisher auf Rohstoffausbeutung setzen

VON PETER DILLING

Kassel – Viele Länder, vor allem des globalen Südens, setzen seit Langem auf die Ausbeutung ihrer natürlichen Rohstoffe, um ihre Staats Haushalte zu finanzieren. Doch das hat in der Vergangenheit schon häufig zu Umweltproblemen, sozialer Ungleichheit und Armut geführt. Ein trauriges Beispiel ist Venezuela. Der lateinamerikanische Staat setzte ganz auf den Erdöllexport, wovon immer mehr eine Machtelite profitierte. Seit der Preis für Erdöl abgestürzt ist, versinkt das Land in Chaos, Gewalt und Elend.

Die Corona-Pandemie verschärft die sozialen Verwerfungen in Staaten, die vom sogenannten Rohstoff-Extraktivismus leben – also überwiegend vom Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen. Und der Umbau hin zur Klimaneutralität kann beispielsweise durch die beschleunigte Ausbeutung von Lithium, das für die Batterien von Elektroautos benötigt wird, zu weiteren sozialen und Umweltproblemen führen.

Wie können solche, bisher von der Rohstoffausbeutung und dem Bergbau abhängige Staaten künftig bessere Entwicklungsmöglichkeiten nutzen, den Wohlstand gleich-



Umwelt und Menschen leiden: Das Bild zeigt Fischer auf dem verschmutzten Maracaibo-See in Venezuela. Unter dem See befinden sich große Lagerstätten, aus denen Öl und Gas gefördert wird.

FOTO: RAYNER PENNA/DPA

Zwei Millionen Euro Förderung vom Bund

Das Verbundprojekt „Rohstoffextraktivismus in Lateinamerika und dem Maghreb“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit zwei Millionen Euro gefördert und ist in der ersten Phase auf drei Jahre angelegt. Rund eine Million Euro fließen an die Universität Kassel – überwiegend für zusätzliches wissenschaftliches Personal.

Dr. Hannes Warnecke-Berger von der Uni Kassel koordiniert das Forschungsvorhaben. Im Rahmen des Projekts werden Gastwissenschaftler nach Kassel eingeladen. Außerdem sind Ringvorlesungen gemeinsam mit der Uni Marburg geplant. Auch in der Lehre soll das Thema behandelt werden. Ein internationales Stipendienprogramm ist geplant.

pdi

mäßiger auf ihre Bevölkerung verteilen und eine stabilere Gesellschaft aufbauen,

die ihre Probleme ohne Gewalt und Chaos bewältigen kann? Mit dieser Frage be-

schäftigen sich in den nächsten Jahren Kasseler Forscher in einem Verbundprojekt,

ZUR PERSON



Hans-Jürgen Burchardt (58) ist Mitglied des Direktoriums und des Leitungsteams des Zentrums für lateinamerikanische Studien der Universität Kassel (CELA), dem einzigen lateinamerikanischen Forschungszentrum in Hessen. Zudem ist er Direktor des Maria Sibylla Merian Center für fortgeschrittene lateinamerikanische Studien (CALAS) mit Hauptsitz in Mexiko.

pdi

das von den Universitäten Kassel und Marburg geleitet wird. Die Wissenschaftler untersuchen in Feldstudien in mehreren Ländern Lateinamerikas und den Maghreb-Staaten in Nordafrika, wie die Mechanismen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dort funktionieren.

Einheimische Wissenschaftler werden in das Projekt eingebunden. „Wir wollen mit diesen Ländern forschen, nicht über sie. Wir

wollen zunächst verstehen, wie diese Länder ticken“, sagt der Politikwissenschaftler Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel. Er leitet mit Prof. Dr. Rachid Quaiassa von der Uni Marburg das Projekt.

Ein Ziel sei, Politikern ein besseres Verständnis für die von westlichen Staaten abweichenden Entwicklungsmodelle und sozialen Rahmenbedingungen zu vermitteln, erklärt Burchardt. Beispielsweise habe die Arbeitskraft in lateinamerikanischen Staaten einen viel geringeren Wert als hierzulande.

Auch eine Reihe von Publikationen sei geplant. Daneben sollen auch die Entscheidungsträger in den untersuchten Staaten profitieren, sowie die Demokratie und die Mitsprache der Bevölkerung bei der Verteilung der Ressourcen gefördert werden. Politischer Wille zur Veränderung sei in den betroffenen Ländern in der Vergangenheit schon vorhanden gewesen. „Aber alle Bestrebungen von Regierungen, sich aus der Rohstoffabhängigkeit zu lösen, sind bisher fehlgeschlagen“, sagt der Kasseler Lateinamerika-Experte.

FOTO: PAUL MAGURA/BF